Interdisziplinäre Notwendigkeit von GISAD und dem EU-D-S



„Trusted WEB 4.0 ist die Integration aller über das Web verfügbaren Ressourcen in ein Gesamtsystem.

Maschinen, Geräte und Menschen sind global erreichbar, in dezentralisierten, anonymen Strukturen organisiert.

Trusted WEB 4.0 bildet vordigitale Gesellschaftsstrukturen ab.

Die Wertschöpfungsketten werden neu organisiert.“
(Olaf Berberich, 2007)

GISAD Global Institute for Structure relevance, Anonymity and Decentralization i.G.

EU Transparency Register Nr. 244298340978-40
Breiten Dyk 14
47803 Krefeld
Germany
Tel. 0049-2151-787925
Alle Rechte Olaf Berberich , Krefeld, den 19. September 2022, Überarbeitung im August 2024

Streng Vertraulich. Weitergabe nur an Entscheidungsträger der Politik. Soweit in dieser Stellungnahme Angebote gemacht werden, sind diese unverbindlich. Das Thema ist komplex. Zum derzeitigen Zeitpunkt bin ich noch nicht in der Lage, alle steuerrechtlichen und rechtlichen Aspekte zu berücksichtigen. Aufhebung der Vertraulichkeit 01.9.2024.

Zum Verständnis wird die Studie https://gisad.eu/de-alle-fuer-eine-eu-eine-analyse-zu-ueber-50-eu-initiativen/ und der Beschlussvorschlag gegen den Ukraine-Krieg vorausgesetzt.

Interdisziplinäre Notwendigkeiten für den Erhalt der Demokratie in der digitalen Gesellschaft.

Inhalt

Vorwort 4

Soziologische Notwendigkeiten 5

Bedeutung für die liberale Idee 5

Auswirkungen auf GISAD 6

Auswirkungen auf die Genossenschaften 6

Rechtliche Notwendigkeiten 7

Auswirkungen auf GISAD 9

Auswirkungen auf die Genossenschaften 10

Ökonomische Notwendigkeiten 11

Auswirkungen auf GISAD 12

Auswirkungen auf die Genossenschaften 12

Auswirkungen auf Deutschland 12

Genossenschaften für den Ukrainischen und Russischen Sprachraum 13

Bildungs-Notwendigkeiten 14

Technische Notwendigkeiten 15

Außenpolitische Notwendigkeiten 17

Vorwort

In den letzten Jahren - getrieben von einer zunehmenden Digitalisierung - wird die Welt immer komplexer. Das Ergebnis ist eine ständig wachsende Spezialisierung einzelner Disziplinen und gesellschaftlicher Initiativen, welche die Komplexität weiter vergrößern. Der grundsätzliche Fehler besteht darin, das technisch Machbare umzusetzen, ohne die über viele hundert Jahre entstandenen vordigitalen Errungenschaften zu berücksichtigen.

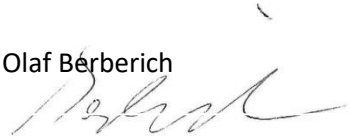
Da die Gesellschaft nicht mehr als steuerbar gilt, geben Staat und Politik zunehmend ihren Steuerungsanspruch auf und verstehen sich nur noch als Krisenmanager. Sie handeln dann, wenn es eigentlich schon zu spät ist. Auch die Justiz handelt nicht proaktiv. Autokratien können einfach Pipelines in die Luft sprengen. Die EU will als Antwort mit den Ländern Tests vereinbaren, wie man kritische Infrastrukturen sichern kann. Was hilft es Demokratien, wenn sie Gewinner einer moralischen Auseinandersetzung sind, in ihrer faktischen Durchsetzungsgeschwindigkeit und Handlungsfähigkeit jedoch unterliegen. Der autokratische Aggressor bestimmt zusätzlich die Art der Auseinandersetzung. Auf einen militärischen Angriff erfolgt eine militärische Verteidigung. Auf einen verdeckten Angriff erfolgen in ihrer Wirkung unsichere Sanktionen.

Selbst beschäftige ich mich jetzt seit über 30 Jahren mit einer digitalen demokratischen Gesellschaft. Das war nur möglich, weil ich dies hauptamtlich weitgehend auf eigene Kosten getan habe und den in den einzelnen Bereichen entstandenen Interessensgruppen keine Rechenschaft schulde. Da ich im Internet durch eigene Webseiten präsentiert bin, bleibe ich auch weitgehend von Shitstorms verschont. Seit meiner Schulzeit war ich Unternehmer und solange erfolgreich, bis ich 2000 versucht habe, demokratische Konzepte auf digitale Produkte zu übertragen. Deutschland, aber auch die EU haben sich im Rahmen der Digitalisierung zunehmend als von ihrer Verfassung fern erwiesen.

Der einfache Bürger würdigt das moralisch richtige Verhalten der Demokratien nicht. Ihn interessiert die faktische Auswirkung auf die Gaspreise und sein Lebensgefühl. Das Lebensgefühl ist zunehmend geprägt von einer Ohnmacht. Ohnmacht ist das Gegenteil der liberalen Vorstellung eines selbstbestimmten Bürgers. Jeder Bürger muss als Teil der Lösung aktiv eingebunden werden. Diese Vorteile kann das richtige Digitalisierungskonzept bieten. Viele Deutsche haben eine hohe Bereitschaft gezeigt, ukrainische Flüchtlinge aufzunehmen. Die Bereitschaft wird noch viel höher sein, sich aktiv gegen den Krieg in einem Paten-Partner-Konzept zu beteiligen. Viel mehr Angst als vor einer NATO, die vor den russischen Grenzen haltmacht, hat Putin vor einer inneren Zersetzung seines Landes. Wir benötigen ein digitales Konzept, aber auch einen ordnungspolitischen Rahmen, in dem ein Aggressor die demokratische Antwort fürchten muss. Sind einmal eine Million Russen im Widerstand organisiert, so kann durch die reine Weitergabe von Informationen eine Situation genauso schnell eskaliert werden, wie das durch eine Pipelineexplosion möglich ist. Hierbei wird noch nicht einmal gegen geltendes Völkerrecht verstoßen.

GISAD und ein Europäisches-Digital-System (EU-D-S) sind ein wichtiger Baustein zum Aufbau einer robusten digitalen Gesellschaft. Dieses nur für Demokratien offene digitale ökonomische System bietet für Staaten, ihre Bürger und die Wirtschaft eine Alternative zu den autokratischen Überwachungskonzepten. Ein solches System muss sich global aufstellen. Um Wettbewerb und Vielfalt zu gewährleisten, soll in einer Digital-Union je Sprachraum eine Genossenschaft die von GISAD definierten Standards global umsetzen.

Olaf Berberich





Soziologische Notwendigkeiten

Bereits 1950 hat der amerikanische Soziologe David Riesman visionär die These aufgestellt, wir würden uns von einer innengeleiteten zu einer außengeleiteten Gesellschaft hin entwickeln. Zu dieser Zeit spielte das Internet noch keine Rolle. Während wir früher in erster Linie einem inneren Kompass von Werten und Moral gefolgt sind, sind wir zunehmend dazu übergegangen, unsere Antennen auszufahren. Das Verhalten anderer wird maßgeblich für unser Verhalten.

Was kommt nach der Außenleitung? Riesmans Außenleitung geht immer noch von einer bewussten Entscheidung aus, welches Verhalten der Einzelne von der Masse übernimmt und welches nicht. Sind wir noch außengeleitet oder schon ferngesteuert? Was, wenn die Macht am Steuer sich auflöst oder die Orientierung verliert?

Auf der "6 th World Conference of Chinese Studies" war ich am 13.08.2022 zum Panel 9 „Social Credit System, Chinese Society" eingeladen, siehe hierzu meine Seite www.via-china.de . Ich habe eine abgespeckte Version des „Paten-Partner-Konzepts" des Beschlussvorschlags gegen den Ukraine-Krieg auf die chinesische Situation übertragen, ohne auf eine hierdurch mögliche Kriegseskalation einzugehen. Aufgrund des Feedbacks der anschließenden Diskussion kann ich von einer mehrheitlichen Akzeptanz der internationalen Soziologengemeinschaft ausgehen, dass die Schaffung eines digitalen demokratischen Gegengewichts zu dem chinesischen Social Credit System zwingend erforderlich ist. Ebenso bestand Konsens darüber, dass das chinesische Social Credit System demokratische Staaten beeinflusst. Der Transfer demokratischer digitales Standards in autokratische Länder ist für Demokratien überlebenswichtig.

Politiker sind heute nur überlebensfähig, wenn sie die Strategie der Macht des Möglichen beherrschen. Sie müssen an eine außengeleitete Gesellschaft angepasst sein. Um es ganz deutlich zu sagen: Wer zu früh handelt, verliert. Nur, wer alle Stimmen gehört hat und erst dann moderiert, ist als Politiker in einer außengeleiteten Gesellschaft erfolgreich.

Um jedoch nicht die Orientierung zu verlieren, benötigen die demokratischen Gesellschaften starke innengeleitete Elemente. Vielleicht ist das der Grund, warum es heute noch in erstaunlich vielen Demokratien Königshäuser gibt.

Bedeutung für die liberale Idee

Es besteht ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Durchsetzung liberaler Ziele und einer globalen demokratischen Digitalisierungsstrategie. Ohne eine solche Strategie, wie sie nach meiner Kenntnis nur von GISAD umgesetzt wird, werden populistische und autokratische Konzepte die in vielen hundert Jahren mühsam erkämpften demokratischen Errungenschaften in der digitalen Transformation zunichtemachen. Die Umsetzung der EU-D-S muss schnellstmöglich erfolgen.

Der Ukraine-Krieg bietet die Möglichkeit, die politischen Risiken von auftretenden gesellschaftlichen Reibungsverlusten bis zur Akzeptanz des Konzeptes auszulagern und gleichzeitig in Deutschland von den Ergebnissen zu profitieren.

Auswirkungen auf GISAD

Man kann mir vorwerfen, mich nie von meiner Innenleitung verabschiedet zu haben, sprich, zu wenig anpassungsfähig zu sein. Vielleicht ist aber gerade das der Grund, warum ich heute mit vom Grundsatz her 20 Jahre alten Ideen weiterhelfen kann. Aus diesem Grund sehe ich mich als Leiter der Grundsatzabteilung. Meine Aufgabe ist es, bei allen Maßnahmen zu überprüfen, ob sie den vordigitalen demokratischen Errungenschaften entsprechen. Im Notfall kann ich von einem inhaltlichen Vetorecht Gebrauch machen, welches nicht an meine Leitungsfunktion, sondern an meinen Besitz von Gesellschaftsanteilen an GISAD geknüpft ist. Ich werde mich nicht ins Tagesgeschäft einmischen.

Alle sonstigen Entscheidungen werden von der Geschäftsführung und soweit erforderlich, gemeinsam mit den Genossenschaften getroffen. Der Job des Geschäftsführers ist der eines liberalen Politikers (w/m/d).

Auswirkungen auf die Genossenschaften

Die Einflussnahme von GISAD auf die Genossenschaften beschränkt sich auf die Definition von Gründungsvoraussetzungen, Standards und die Streitschlichtung zwischen den Genossenschaften.

Als Gründungsvoraussetzungen habe ich bisher definiert: Die Genossenschaft muss in einem Land gegründet werden, welches auf dem Demokratieindex bei 5,5 oder höher steht und der von der jeweiligen Genossenschaft erschlossene Sprachraum als Amtssprache anerkannt ist.

Die Standards ergeben sich aus der Weiterentwicklung der 7 Fachabteilungen, welche auf der GISAD Homepage beschrieben sind. Es muss ein Konzept entwickelt werden, wie auch in den Genossenschaften Elemente der Innenleitung berücksichtigt werden können.

Zur Unterstützung der Innenleitung bietet GISAD die zu entwickelnde Kennzahl zur gesellschaftlichen Strukturrelevanz an, welche für alle Genossenschaftsmitglieder verbindlich vorgeschrieben werden sollte, siehe https://gisad.eu/gesellschaftliche-strukturrelevanz/.

Ein Element der Innenleitung kann durch die Einbindung gesellschaftlich relevanter Gruppen aus der Sozialwirtschaft und von Vereinen in einem Genossenschaftsbeirat realisiert werden, siehe https://gisad.eu/de-eu-initiative-binnenmarkt-vorschlag-fuer-eine-gesetzgebungsinitiative-zu-grenzueberschreitenden-taetigkeiten-von-vereinen/ .

Rechtliche Notwendigkeiten

„Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“ So lautet Art 20, Absatz (4) des Grundgesetzes. Aus meiner persönlichen Erfahrung habe ich alles getan, um die verfassungsgemäße Ordnung zu erhalten. Die Außenleitung der Politik ist nach meiner Erkenntnis, da wo eine digitale Transformation der Demokratie erfolgen müsste, in Fernsteuerung übergegangen. Es fehlt der letzte Beweis für die Verantwortlichen. Unter Generalverdacht stehen die Torwächter des Internets, welche sich in ihrer Zielsetzung der Überwachung und Manipulation nicht grundsätzlich von Autokratien unterscheiden.

Wäre der Vertragspartner der 1990 gegründeten GraTeach GmbH, siehe www.grateach.de nicht die öffentliche Hand (Kreis und EU im Rahmen von Ziel-2 Mitteln), sondern ein Unternehmen gewesen, so hätten die Handlungen des „Partnerunternehmens“ in 2001 wegen grob fährlässigem Verhalten zu einer persönlichen Durchgriffshaftung der Verantwortlichen geführt.

Das Ziel der GraTeach GmbH war vom ersten Tag an ein ganzheitliches Konzept, in dem in praxisnaher Ausbildung digitale Produkte entwickelt und Ausgründungen initiiert wurden. Auch wenn digitale Demokratie zu diesem Zeitpunkt noch kein Thema war, wurden damals bereits die heute hierfür notwendigen Konzepte für lebenslanges Lernen und zu Erhalt vordigitaler Errungenschaften berücksichtigt. In „The Trillion Dollar GAP 3“ wird schlüssig argumentiert, dass der Ukraine-Krieg hätte verhindert werden können, wenn meine Konzepte und Patentanmeldungen berücksichtigt worden wären. Richtig ist, dass bereits bei Umsetzung meiner Patentanmeldungen aus 1999/2000 eine WAN Anonymität (Wide Area Network) möglich gewesen wäre. Die wichtigste Voraussetzung für eine digitale Demokratie und ein Alternativkonzept zum Social Credit System, dessen erste Versuche in China 2009 begannen, war bereits vorhanden.

Aus meiner Sicht sind Äußerungen wie „Wir haben den B2C-Markt verloren“ eine unzulässige Verharmlosung. Es wäre gesellschaftlich nicht akzeptabel, wenn ein Mörder von seinem Opfer sagen würde „Leider habe ich sein Leben verloren.“ Richtig wäre: „Ich trage persönlich eine Teilverantwortung daran, dass in der digitalen Gesellschaft Überwachung und Manipulation überhandnehmen und es derzeit unwahrscheinlich ist, dass die Demokratie in der digitalen Transformation erhalten werden kann.“ Doch natürlich wird es in einer außengeleiteten Gesellschaft eine solche Aussage nicht geben. Schließlich kann in dieser Sache nicht der Vorwurf gemacht werden, zu früh gehandelt zu haben. Auch ein Versäumnis als Krisenmanager liegt nicht vor. Das Volk hat seine Entmündigung nicht erkannt und entsprechend keine zu lösende Krise erzeugt. Die Schuld kann so auf das Volk übertragen werden.

Es geht auch darum, über die reine Textinterpretation hinaus den Willen der Verfasser des Grundgesetzes zu verstehen. Auch wenn Art 20, Absatz (4) erst 1968 ins Grundgesetz aufgenommen wurde, kann davon ausgegangen werden, dass es die heutige permanent vernetzte außengeleitete Gesellschaft noch nicht gab. Ein Jahr später begann 1969 das Arpanet als Vorgänger des Internets mit der Vernetzung von Großrechnern einzelner Forschungseinrichtungen. Es kann also als bewiesen gelten, dass die Verfasser des Grundgesetzes noch innengeleitet waren und hohe Ansprüche an das moralische Verhalten des einzelnen staatlichen Entscheiders gestellt haben. Sie wollten eine erneute Machtübernahme durch die Nazis verhindern. Zwar sind die digitalen Torwächter eines mit uns befreundeten Amerikas nicht mit den Nazis gleichzusetzen. Aber die Auswirkungen ihres Handelns haben zumindest die gleichen totalitären Tendenzen. Sie haben sogar das gleiche Potenzial, einen

Weltkrieg auszulösen, weil durch die digitale Überwachung das Gleichgewicht der Mächte sich hin zu den Autokratien verschiebt.

Art 20, Absatz (4) ist abhängig von der etwas schwammigen Einschränkung „Wenn andere Abhilfe nicht möglich ist“. Unterstellt werden kann, dass der Gesetzgeber an die Zeitdauer und Anzahl der Versuche, die verfassungsgemäße Ordnung herzustellen, bei Art 20 hohe Anforderungen stellt. Eine Zeitdauer von über 20 Jahren für einen persönlichen Kampf, welcher für mich untrennbar mit meinem Kampf um den Erhalt vordigitaler demokratischer Errungenschaften und der damit verbundenen verfassungsgemäßen Ordnung verknüpft ist, sollte den Anforderungen genügen.

Zwischen 50 und 100 Entscheidungsträger, allein 4 Ministerpräsidenten NRW, die Bundeskanzlerin Merkel, den EU Präsidenten Schulz, um nur einige zu nennen, habe ich innerhalb dieser Zeit über die öffentlichen Verfehlungen informiert. Falls erforderlich, kann ich hierzu eine Liste zusammenstellen und ggf. die Schreiben beilegen.

Gerne zieht sich die Justiz auf formale Verfahrensfehler zurück. Im Zweifel ist es der Rechtsanwalt, der einen Fehler gemacht hat. Diese Argumentation entfällt, nachdem 6 Rechtsanwälte auf die ein oder andere Art bedroht oder ausgeschaltet wurden, einer davon mit dem Entzug seiner Zulassung einige Stunden vor dem Prozesstermin, wodurch auch ein Richter kurz vor Pension ausgeschaltet wurde.

Zu erwähnen ist, dass ich nicht als Kläger agiert habe, sondern auch noch grundlos wegen meinem Engagement für die Demokratie verfolgt wurde. Wenn es noch so etwas wie eine Unschuldsvermutung geben soll und zudem von mir bewiesen ist, dass die Justiz fernsteuerbar ist, so sollte die Anzahl der zumutbaren Rechtsanwälte im Sinne des Angeklagten begrenzt werden, genau wie die mögliche Dauer eines Gerichtsverfahrens (8 Jahre für die ersten zwei Instanzen). Die Anpassung des ministeriellen Einzelanweisungsrechts gegenüber den Staatsanwaltschaften an das EU Recht, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, begrüße ich ausdrücklich. Es ist davon auszugehen, dass von dem Einzelanweisungsrecht Gebrauch gemacht wurde, nachdem die Bundeskanzlerin von mir informiert wurde. Die Unabhängigkeit des Rechtsanwalts sollte unbedingt auch neu geregelt werden!

Nun mag man anführen, dass das Ausschalten vor Rechtsanwälten und das weisungsgemäße Verhalten von Staatsanwälten allein den hohen Hürden für die Gültigkeit von Art 20, Absatz (4) nicht genügt. Schließlich kann man sich ja auch selbst an einsprechende Stellen wenden und bis zu hundert Briefe scheinen auch nicht ausreichend zu sein. In diesem Fall kann ich anführen, dass ich ohne Rechtsanwalt eine Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht gestellt und eine Anhörungsrüge gegen die NRW Justiz erwirkt habe. Diese wurde von NRW nicht angenommen. Ebenfalls hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Prüfung meiner Angelegenheit angenommen. Weiter wäre es dann nur mit Rechtsanwalt gegangen. Aktuell habe ich die Vorprüfung eines Vertragsverletzungsverfahrens der EU-Kommission gegen Deutschland veranlasst. Das wurde eingestellt, weil der Nachweis der Zuständigkeit fehlte, den ich nur bei Zurverfügungstellung der Verträge zwischen der EU und NRW erbringen könnte. Meinen geltend gemachten Verstößen gegen 16 Artikel der EU Charta wurde nicht widersprochen. Die Möglichkeit der Wiedereröffnung des Vorverfahrens bei neuen Hinweisen wurde mir in Aussicht gestellt.

Genau wie die Politik sehe ich es als für die öffentliche Ordnung gefährlich an, wenn ich gegen das Land NRW wegen der nicht verjährten Urheberansprüche und wegen aus Art 20, Absatz (4) resultierendem Schadensersatz eine Klage erheben würde oder das EU Vertragsverletzungsverfahren zum Tragen käme. Im Sinne eines Angreifers würde hierdurch ein weiteres Mal das Ziel erreicht, Demokratie und Rechtsstaat nachhaltig zu schädigen. Das ist jedoch eine absichtliche Aussetzung der verfassungsgemäßen Ordnung. Damit ist erwiesen. Dass eine Abhilfe durch mich nicht möglich ist und

die Voraussetzungen für Art 20, Absatz (4) erfüllt sind. Im Rahmen der Gründung von GISAD wird in der Angelegenheit GraTeach Abhilfe geschaffen. Ein erneutes Eintreten der Voraussetzung von (4) ist trotzdem für solche Akteure wahrscheinlich, welche sich im Rahmen der Digitalisierung für die verfassungsgemäße Ordnung einsetzen.

Es wird empfohlen, nicht nur das ministeriellen Einzelanweisungsrechts gegenüber den Staatsanwaltschaften an das EU Recht anzupassen, sondern auch die Zahl der Anwälte zu beschränken, welche einem Begeklagten zumutbar sind, die Verfahrenszeiten zeitlich zu begrenzen und die Unabhängigkeit der Rechtsanwälte zu stärken (Ein stundengenauer Entzug der Zulassung sollte nicht möglich sein.). Auch die von GISAD zu entwickelnde Kennzahl zur gesellschaftlichen Strukturrelevanz sollte bei Entscheidungen in Gerichtsverfahren Berücksichtigung finden.

Auswirkungen auf GISAD

GISAD ist aus Wirtschaftsunternehmen entstanden, wird aber in Zukunft eine Mittlerrolle zwischen der Wirtschaft und der öffentlichen Hand einnehmen. Hierzu muss GISAD einerseits beweglich wie ein Unternehmen bleiben und andererseits einen vergleichbaren Status wie eine öffentliche Institution erhalten.

Es gibt Möglichkeiten, GISAD vergleichbar einer staatlichen oder EU-Institution abzusichern, ohne hierfür in die Gesetzeslage eingreifen zu müssen. Das bedeutet zum Beispiel, dass GISAD bei Cyberangriffen nicht nur meldepflichtig ist und ansonsten allein gelassen wird, sondern als kritische Infrastruktur gesehen und geschützt wird.

Obwohl in einem rechtstaatlichen Umfeld weder eine Bürgschaft und schon gar nicht verlorene Zuschüsse zur Etablierung von GISAD nötig wären, kann vor dem Hintergrund des Art 20, Absatz (4) über meine bereits erbrachten Vorleistungen heraus kein weiteres privatwirtschaftliches Engagement in Form von Bürgschaften, Krediten oder Gesellschaftskapital erwartet werden. Meine Vorleistungen sind in Form von Minderheitsgesellschaftsanteilen alternativ zu einer weiteren rechtlichen Auseinandersetzung anzuerkennen. Die Abgeltung der Rechte Dritter, sowie die Verschmelzung der GraTeach GmbH in abgeschlossener Insolvenz und der in Liquidation befindlichen getTIME.net GmbH sind in den 6 Millionen Beteiligungskapital für 54 Prozent Anteile an GISAD berücksichtigt. Ich werde zur Abgeltung aller Vorleistungen und Ansprüche (Patentanmeldungen) so gestellt, als hätte ich das Kapital für 46 Prozent der Anteile an GISAD erbracht. Die Rechtsform ist verhandelbar.

Die Beteiligung an GISAD sowohl durch die öffentliche Hand, als auch durch mich ist vorübergehend. Alternativ zur öffentlichen Hand ist auch eine Beteiligung einer Organisation mit liberalem Hintergrund denkbar. Bei jeder Gründung einer Genossenschaft in einem neuen Sprachraum wird ein Anteil von GISAD sowohl von der öffentlichen Hand, als auch von mir im Verhältnis der Beteiligungen verkauft. 60 Prozent der Anteile sind für die 24 EU Sprachräume, die restlichen 40 Prozent für die weiteren 2.500 Sprachräume vorgesehen.

Eine Gewinnabschöpfung von den Genossenschaften durch GISAD oder seine Gesellschafter ist nicht vorgesehen. Somit ist mein unternehmerischer Gewinn auf das reduzierte zukünftige Risiko angepasst und das vergangene erhebliche unternehmerische Risiko berücksichtigt, welches nur ich zu tragen bereit war.

Auswirkungen auf die Genossenschaften

Nötig ist eine proaktive Gesetzgebung für ein neues digitales Ökonomiesystem. Hierbei sollte GISAD in Zusammenarbeit mit den Genossenschaften unterstützend tätig sein.

Die EU und viele EU-Länder erwarten von Deutschland eine neue Führungsrolle. Auch wenn die erste Genossenschaft in der Ukraine gegründet wird, sollte der rechtliche Rahmen von Deutschland gut vorbereitet werden.

Wichtig ist es, auch in Genossenschaften Elemente der Innenleitung einzubauen. Ebenfalls muss sichergestellt werden, dass kleine Unternehmen nicht benachteiligt werden.

Ökonomische Notwendigkeiten

Auch der Ökonomie kann man eine zunehmende Außenleitung vorwerfen. Hätte sie konsequent vordigitale gesellschaftliche Errungenschaften in ihre digitalen Produkte eingebaut, dann wären diese weniger skalierbar gewesen. Gleichzeitig hätte sich das Risiko minimiert. Die Geldgeber der digitalen Wirtschaft gleichen Lottospielern, die auf 10 Start-Ups gleichzeitig setzen, damit ein Start-Up das Geld bringt. In Deutschland geht es dabei schon seit Einbrechen des digitalen Booms in 2001 nicht mehr um den nachhaltigen Aufbau von Unternehmen, sondern um eine möglichst schnelle Exit-Situation mit Verkauf an einen der digitalen Torwächter.

Ich bin im IKT Bereich von NRW gut vernetzt. Spätestens, nachdem mir zugesteckt wurde, dass Herr Prof. Wolff als Clustermanager wegen der Angelegenheit GraTeach zurücktreten musste, behandeln mich alle Unternehmer wie ein rohes Ei. Prof. Wolff war sicher Teil des Spiels. Aber die Angriffe gegen mich waren viel zu komplex, ressourcenintensiv und langanhaltend, um sie einzelnen Verursachern zuordnen zu können. Auch der Rücktritt von Prof. Wolff lag letztendlich im Interesse der Angreifer. Die öffentliche Hand zeigte sich als völlig unfähig, mit der Situation umzugehen. Ein von mir mit dem Verfassungsschutz NRW geführtes Gespräch erreichte außer einem offensichtlichen Unbehagen meiner Gesprächspartner kein Ergebnis. Meine technischen Konzepte wurden bis heute nicht kritisiert. Jedoch immer, wenn ich eine Zusammenarbeit konkretisieren wollte, wichen mir die Unternehmensentscheider aus. Die Verzahnung zwischen der amerikanischen Softwareindustrie und den Internet-Torwächtern gefährdet ein Unternehmen in seiner Existenz, welches seine Strategie Richtung Demokratie erhaltender Produkte wechseln will.

Eine positive Ausnahme bildet die Stadt Dortmund. Hier bin ich seit über 20 Jahren im start2grow Wettbewerb als Gutachter tätig. Letztes Jahr wurde mir der Status des Kapitalgebers verliehen, wodurch ich alle Businesspläne eines Wettbewerbs einsehen konnte. Ich habe zirka 30 Start-Ups identifiziert, welche grundsätzlich als Gründer in einer EU-D-S Genossenschaft in Frage kämen. Die Kontaktaufnahme mit Kapitalgebern habe ich jedoch abgelehnt, weil ohne eine großangelegte, interdisziplinäre und staatliche Unterstützung das EU-D-S zum Scheitern verurteilt ist. Auch habe ich auf die Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahren und die fehlende rechtsstaatliche Basis für ein solches Konzept hingewiesen.

Die Naturgesetze der Digitalisierung habe ich in der Studie „Alle für eine EU“ erläutert. Hieraus ergibt sich noch eine sehr kurze Zeitspanne, um mit horizontal skalierenden Konzepten, sowohl die Torwächter als auch die Autokratien wirtschaftlich in ihre Grenzen zu weisen. Europa lebt von Wettbewerb und Vielfalt. Beides wird von den Vertikal-Monopolisten bedroht. Auch sollte das Top-Down Wertschöpfungskonzept durch ein Bottom-Up Konzept ersetzt werden, in welchem auch kleine Unternehmen mit innovativen Ideen innerhalb der Genossenschaften des EU-D-S schnell skalieren können.

Anstatt heimische Unternehmen risikoadäquat mit 100 Prozent Bürgschaften zu fördern und von diesen Steuern zu erhalten, wird bisher darum gekämpft, einen kleinen Steueranteil an den Torwächtergewinnen zu erbitten. Will man die Ökonomie weiter wettbewerbsfähig halten, so ist die Einführung des hier vorgestellten EU-D-S für jeden Bürger nach erfolgreichem Pilotprojekt in der Ukraine zwingend erforderlich. Es ist begründet, das EU-D-S als Infrastruktur der Daseinsvorsorge einzustufen. Eine Anschubunterstützung durch die öffentliche Hand ist so ebenfalls zwingend vorzuschreiben.

Auswirkungen auf GISAD

Vor diesen Hintergründen sind von der öffentlichen Hand die 54 Prozent Beteiligung als stille Beteiligung zu stellen. Bei dem Verkauf der Anteile an die Genossenschaften wird ein Gewinnaufschlag berücksichtigt.

Auswirkungen auf die Genossenschaften

In einem rechtssicheren Raum würden sich die von mir angesetzten einmalig 30,- Euro je Bürger innerhalb kürzester Zeit refinanzieren. Jedoch muss die Mehrheit der Mitgliedsunternehmen aus Neugründungen bestehen. Jedes bestehende IKT-Unternehmen steht erst einmal unter Generalverdacht, den Wettbewerb mit bestehenden IKT-Anbietern, welche in monopolartigen Strukturen organisiert sind, nicht erlauben zu wollen, schon um die eigene Existenz nicht zu gefährden. Deshalb wird empfohlen, dass jedes Land, in dem jeweils eine Genossenschaft ansiedelt, eine hundert Prozent Ausfallbürgschaft ohne Rückhaftung für die EU-D-S Anfangsinvestition übernimmt. Grundsätzlich wird davon ausgegangen, dass innerhalb eines kurzen Zeitraums alle Bürger des entsprechenden Sprachraums mit der entsprechenden Hardware und Software eines persönlichen digitalen Systems (PDS) kostenlos ausgestattet werden. Zahlreiche Geschäftsmodelle und Applikationen können zur Refinanzierung der Anlauf- und Betriebskosten auf das EU-D-S aufgesetzt werden. Die Qualität der von Bewertern im Rahmen eines Digital-Bürgergelds erstellten Daten ist wesentlich höher, als die Qualität der den Torwächtern zur Verfügung stehenden Daten. Die Verwertung der Daten im EU-D-S ist viel einfacher, weil ohne personenbezogene Daten verwenden zu müssen, genau die Zielgruppe und genau dann erreicht werden kann, wann diese es wünscht.

Auswirkungen auf Deutschland

Um das politische Risiko möglichst klein zu halten, wird das EU-D-S zuerst in der Ukraine eingesetzt. Hierfür leistet Deutschland eine Einmalzahlung in Höhe von 30 Millionen Euro für die in der Ukraine zu gründende Genossenschaft und für die Bereitstellung und den Betrieb für eine Million Russen im Exil und eine Million Russen im Widerstand.

Die Details, wie zum Beispiel eine stille Teilhaberschaft an der Genossenschaft sind nicht von GISAD zu klären. Für den Erfolg des Gesamtkonzepts wird angenommen, dass grundsätzlich eine Refinanzierung aus den laufenden Einnahmen der Genossenschaft möglich ist. Viel wichtiger als das richtige Beteiligungskonzept ist jedoch das Einbinden deutscher Unternehmen. Über meinen langjährigen Kontakt zur Stadt Dortmund habe ich berichtet. Im empfehle hier die Clusterbildung von Firmen zu unterstützen, welche sich als Gründungsmitglieder an einer oder mehreren Genossenschaften beteiligen.

Ebenfalls wurde bereits von einem Lehrstuhlinhaber der Universität Witten/Herdecke ein Interesse geäußert, Gründungsmitglied bei Genossenschaften zu werden. In Witten schlage ich deshalb von, ein weiteres Cluster zu bilden.

Genossenschaften für den Ukrainischen und Russischen Sprachraum

Das von mir angedachte Paten-Partner-Konzept ist im Buch The Trillion Dollar Gap 3 in einer Eskalation zur Verhinderung des Ukrainekriegs beschrieben. So kann zum Beispiel zielgenau Servicekräften, welche in einem bevorstehenden Krieg Panzer betanken, die Information über benzinfressende Bakterien zur Verfügung gestellt werden. Voll getankten Panzern fehlt so der Treibstoff, um im Krieg eingesetzt werden zu können. Eine hundert Prozent Ausfallbürgschaft ohne Rückhaftung reicht in diesem Fall nicht aus. Es werden für die von Deutschland gezahlten 30 Millionen Euro 1 Million im Exil lebende Russen mit einer Million Russen im Widerstand sicher verbunden. Russland kann dieses System weder abschalten, noch die anonymen Widerstandskämpfer einfach identifizieren. Die Kosten entsprechen ungefähr zwei neuen Panzern. Die Effekte für die Demokratie durch die Stärkung des russischen Widerstands werden jedenfalls um ein Vielfaches größer sein.

Selbst, wenn morgen der Ukraine-Krieg zu Ende wäre, würde das Konzept die Funktion der grundsätzlichen Abschreckung für Autokratien behalten, sich mit Demokratien anzulegen. Es ist nicht nur Teil einer hybriden Kriegsführung, sondern kann Kriege vollständig verhindern. Darüber hinaus ist das Konzept ideal dafür geeignet, um eine kriegsgeschädigte Gesellschaft neu aufzubauen. Die Zahlung der 30 Millionen ist erforderlich, weil die Priorität des ukrainischen Staates im Wiederaufbau der geschädigten Infrastruktur liegen wird. Auch ist davon auszugehen, dass die USA für ihre zirka 80 Prozent Anteil an den ausländischen Waffenlieferungen nach dem Krieg Forderungen stellen werden, wie den verpflichtenden Einsatz amerikanischer Technologie. Hierfür sollte erwähnt werden, dass das EU-D-S vorhandene Technologien nicht ersetzt, sondern ergänzt. Da auch die 30 Prozent der faktischen Digitalverweigerer durch einen einfachen Grundzugang in die digitale Gesellschaft integriert werden, vergrößert sich durch das EU-D-S der Markt für bestehende Anbieter sogar.

Bildungs-Notwendigkeiten

Der Mensch ist besonders, weil er sowohl ein Einzelwesen, als auch ein Gemeinschaftswesen ist. Vereinfacht kann man sagen, dass das Einzelwesen der Innenleitung und das Gemeinschaftswesen der Außenleitung entsprechen. Zum Beispiel identifiziert sich ein Mensch in einer Demonstration mit einer wütenden Gruppe als Gemeinschaftswesen. Nimmt man ihn aus der Gruppe, ist er möglicherweise als Einzelwesen vernünftig und aufgeschlossen.

Aus meiner Erfahrung (7 Jahre Unterricht erwachsener Analphabeten, Entwicklung einer eigenen Leselernmethode und 10 Jahre pädagogische Leitung der Führungskräfteschmiede GraTeach) werden bis heute Lehrkonzepte und die damit verbundenen Lehrmittel für die Lehrenden und nicht für ihre Schüler gemacht. So habe ich zum Beispiel festgestellt, dass jeder Analphabet anders lesen lernt und Leselernmethoden sogar mischt. In meiner Segmentier-Methode identifiziert der Lernende erst die erkannten Buchstabengruppen und versucht dann das ganze Wort zu lesen. (Ich habe nicht geprüft, in wie weit es eine Übereinstimmung mit der heutigen „Analythisch-synthetischen Methode“ gibt.).

Dieses Konzept ist übertragbar auf die Qualifizierung Höchstgebildeter. In dem 1990ern gab es eine hohe Akademikerarbeitslosigkeit. Teilnehmer bei GraTeach waren ausschließlich Akademiker, 10 Prozent hatten promoviert. GraTeach hatte eine 100 Prozent Vermittlungsquote in Arbeit, weil Lehrer zu Wissensorganisatoren wurden. Die Wissensbeschaffung und Umsetzung in realen Projekten wurde den Teilnehmern überlassen. Die Verweildauer eines Teilnehmers lag nach seinen Wünschen zwischen 2 Monaten und 2 Jahren. Ein solch flexibles Konzept überfordert derzeit Lehrende völlig. Das ging so weit, dass von den Teilnehmern nur noch Dozenten akzeptiert wurden, welche bei GraTeach „ausgebildet“ worden waren.

Demokratien können das Humankapital erheblich erhöhen, wenn sie konsequent die Innenleitung der Menschen fördern. Derzeit ist eher die gegenläufige Tendenz zu sehen. Einerseits versuchen die Lehrer noch die Kontrolle über ihren Lehrprozess zu behalten, andererseits meinen sie aber immer mehr außengeleitete Elemente in ihren Unterricht einbauen zu müssen. Grundsätzlich ist auch im späteren Lebensalter eine Verhaltensänderung hin zu einem innengeleiteten Verhalten möglich. Allerdings bedeutet dies bisher einen nicht zu leistenden Personalaufwand. Unter Zuhilfenahme von künstlicher Intelligenz sind Automatismen entwickelbar, welche permanent zur selbstbestimmten Beschäftigung mit Themen anregen. Wichtig ist, dass es in einem stigmatisierungsfreien Umfeld geschieht und jeder sich der Verfügungsgewalt über die personenbezogenen Daten sicher ist. Nur im EU-D-S sind überhaupt die Voraussetzungen gegeben, um auch die Digital Natives zielführend mit der Innenleitung konfrontieren zu können. Ich will zu jedem Zeitpunkt des Lebens, gerade auch bei Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit die Menschen dazu auffordern, ihren eigenen inneren Kompass zu stärken. Das Digital-Bürgergeld mit der Aufforderung, Daten verantwortungsvoll zu bewerten, ist nur ein Teil davon.

Die EU hat die große Notwendigkeit einer guten Bildung für alle erkannt. Ich kann nicht die zahlreichen Initiativen aufzählen, zu denen die EU hier Initiativen fördert. Es wird viel Geld verbrannt, um veraltete Lehrmethoden zu fördern, anstatt die Selbstentfaltung in einem ganzheitlichen digitalen Konzept zu stärken. Mit einem Bruchteil dieses für die Initiativen ausgegebenen Geldes könnte man die Wettbewerbsfähigkeit Europas gegenüber den Autokratien erheblich erhöhen und gleichzeitig die Integration, den Wohlstand und die Zufriedenheit vieler Bürger stärken.

Eine Veränderung des vordigitalen Bildungsverhalten entsteht nicht über Jahre, sondern Jahrzehnte. Dazu kommt das Beharrungsvermögen der Lehrenden auf im Studium gelernten Methoden. Deshalb glaube ich, dass man mit dem EU-D-S, sozusagen durch die Hintertür, die Menschen direkt ansprechen und Anreize zur Selbstentfaltung geben muss.

Technische Notwendigkeiten

Wenn meine Patentanmeldungen eingesetzt werden, freue ich mich. Sie sind aber für mich in erster Linie Beispiele, wie vordigitale Errungenschaften in der digitalen Demokratie umgesetzt werden können und dass es technisch machbar ist. Wenn es jemand besser kann, ist das auch in Ordnung. Die ersten Patentanmeldungen über einen Patentanwalt haben mich viel Geld gekostet. Ohne das Europapatent einer Suchmaschine hätte ich mir möglicherweise viel Ärger erspart. Die weiteren Patente habe ich ohne Anwalt selbst angemeldet, insbesondere, um einen Beweis zu erbringen, wie bereits vor Jahren der Stand der Technik war. Patentrecherchen wurden nicht mehr durchgeführt, da ich erfahrungsgemäß davon ausgehe, dass meine Denkweise nicht verbreitet ist. Eine Auflistung und Verlinkung meiner Patentanmeldungen ist unter https://komon.de/patentanmeldungen/ zu finden. Die Anmeldung zum digitalen Euro ist noch nicht öffentlich.

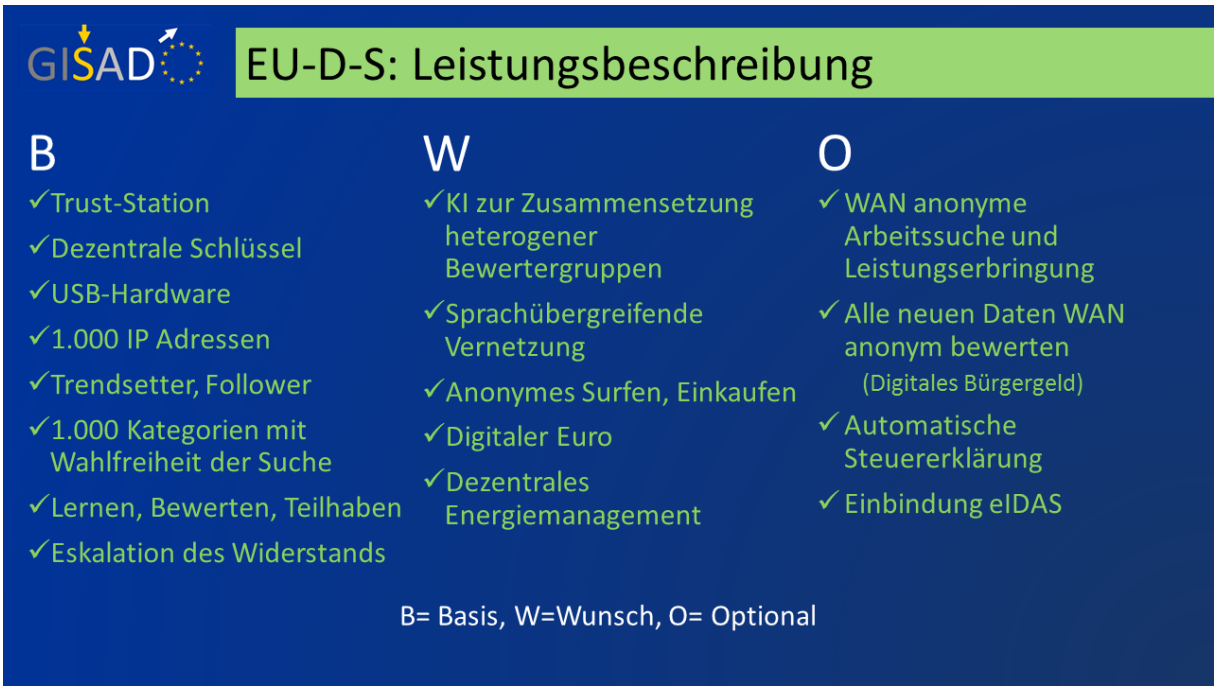
Wichtig ist ein Ausfuhrverbot von Patenten und Technologien in nicht-demokratische Länder, welche zum Schutz vordigitaler demokratischer Errungenschaften entwickelt wurden. Über einen Mittelsmann hat Saudi-Arabien versucht, mit mir Kontakt aufzunehmen. In diesem Zusammenhang habe ich geprüft, ob es irgendwelche Ausfuhrbeschränkungen für meine Patentanmeldungen gibt. Tatsächlich hat es niemand interessiert. Man hat noch nicht einmal eine genaue technische Spezifikation angefordert.

Da das EU-D-S die Konkurrenz innerhalb der Genossenschaften zulässt, sollte nach EU Recht geprüft werden, ob eine ausschließliche Verwendung von für die Genossenschaften von Firmen entwickelten Produkten im EU-D-S vorgeschrieben werden kann. Im Gegenzug könnten die Genossenschaften eine Verfügbarkeit der entwickelten Produkte in allen Genossenschaften garantieren.

Das größte Problem ist wiederum die Bildung. Es fehlen Gründer, Entwickler und Organisatoren, welche die Idee einer digitalen Demokratie verinnerlicht haben. Es ist davon auszugehen, dass aus den Reihen der bestehenden IKT-Firmen massive Versuche gemacht werden, die Genossenschaften entweder als Mitglieder zu unterwandern oder sogar Mitarbeiter in Mitgliedsunternehmen einschleusen.

Hier ist die liberale Gemeinschaft gefragt, verlässliche Mitstreiter für die Festigung der Demokratie zu installieren.

Ich habe die von den Genossenschaften für die 30,- Euro je Bürger zu erbringenden Mindestanforderungen in drei Gruppen unterteilt. Die erste Genossenschaft ist verpflichtet, dem Paten und seinem Partner eine Hardware in Form eines USB-Steckers und darauf installierte Schlüssel und Software zur Verfügung zu stellen. Auch ein Trust-Station Konzept ist obligatorisch, in dem zum Beispiel ein Rechtsanwaltsbüro über eine IP-Adresse gefunden werden kann und nach richterlicher Verfügung die Personalisierung eines Bürgers, bei einem Paten auch von dessen Partner, sicherstellen kann. Wenn es keine größeren Gegenmaßnahmen vom Wettbewerb gibt, sollten auch schon erste Wunschfunktionen fertig gestellt werden können. Die zweite Genossenschaft muss nicht alles neu entwickeln, sondern kann auch Entwicklungen von der der ersten Genossenschaft einkaufen. So kann sie außer den ersten Wunschprodukten auch Optionsprodukte anbieten. Nicht aufgelistet sind Produkte und Funktionen, welche auf eigenen Ideen der Unternehmen basieren. Das Konzept ist bei Einhaltung der Standards beliebig erweiterbar.



Außenpolitische Notwendigkeiten

Als Voraussetzung für die Gründung einer Genossenschaft wurde ein Demokratie-Index von 5,5 vorgeschlagen. Damit ist jedoch noch nicht geregelt, wie mit nicht demokratischen Ländern verfahren wird, welche dem gleichen Sprachraum angehören. Einen ersten Ansatz bietet das Paten-Partner-Konzept, in dem Paten die vollen digitalen demokratischen Rechte eingeräumt werden, die Rechte des Partners unter Aufsicht des Paten jedoch entsprechend seinem autokratischen Standort beschränkt ist.

Ich schlage vor, als ersten Schritt für eine Mitgliedschaft in der EU Ländern eine relativ einfache Zulassung zu einer Digital-Union anzubieten. Damit wäre auch der digitale Raum dieser Länder im rechtlichen Zugriff der EU.

Das Flüchtlingsproblem könnte durch das Paten-Partner Konzept ebenfalls entschärft werden. Es würden sich sicher viele ehrenamtliche Paten für Flüchtlinge finden. Die Partner würden durch Besuch von spezifischen Websites und Beratung durch die Paten umfangreich informiert, dass eine ungeplante Flucht keinen Sinn macht. Der Pate könnte den Partner unterstützen, bereits in seinem Heimatland die Voraussetzung zu erreichen, welche eine legale Einwanderung ermöglicht.


www.gisad.eu


www.gisad.eu

GISAD für ein starkes digitales Europa!
Mit Hilfe der EU die vordigitalen
Errungenschaften erhalten!

GISAD